

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Arnold Vaatz, Dr. Egon Jüttner, Hermann Gröhe, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/4541 –

Wahlen in Mosambik

Vorbemerkung der Fragesteller

Am 1. und 2. Dezember 2004 fanden in Mosambik Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Von den mehr als acht Millionen wahlberechtigten Mosambikanern sollen nach Einschätzung von Wahlbeobachtern lediglich 30 Prozent von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben.

Der scheidende Präsident Joaquim Alberto Chissano von der regierenden FRELIMO hat daher unmittelbar nach der Wahl gefordert, dass die Wähler zukünftig für ihre Stimmabgabe etwas Geld erhalten sollten, und dies damit begründet, dass sie dann „viel lieber zum Wählen kommen“. Im Hinblick auf die in Mosambik bestehende „hohe Analphabetenrate“ und der „weit verbreiteten Unkenntnis des politischen Systems“ würden viele den Nutzen von Wahlen in Frage stellen (Frankfurter Rundschau vom 6. Dezember 2004).

Anlässlich der mosambikanischen Kommunalwahlen im Herbst 2003 forderte die EU-Wahlbeobachtermission in ihrem im Februar 2004 vorgestellten Abschlussbericht transparentere und fairere Wahlen für die Zukunft. Insbesondere müsse Wahlbeobachtern ein ungehinderter Zugang zum Auszählungsprozess gewährt werden. Das vom früheren amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter gegründete Carter Center hatte in seinem im März 2004 vorgelegten Bericht zu den Kommunalwahlen 2003 die unverzügliche Aktualisierung der Wählerlisten eingefordert. Nur so könne die Doppeleintragung von bis zu einer Million Wählern bereinigt werden.

Unmittelbar vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen teilte die Nationale Wahlkommission mit, dass

- den Wahlbeobachtern nicht erlaubt werde, mit den mosambikanischen Wahlhelfern an den Urnen zu sprechen, und dass sie Wähler erst 300 Meter nach Verlassen des Wahllokals ansprechen dürften;
- den Wahlbeobachtern die zur Stimmenauszählung genutzte Computer-Software nicht zur Verfügung gestellt werde;
- bei der Überprüfung von ungültigen Stimmen – die bei den letzten Wahlen fast 10 Prozent der abgegebenen Stimmen ausmachten und ganz überwie-

gend in den Hochburgen der RENAMO anfielen – keine Wahlbeobachter zuzulassen seien;

- bei der Überprüfung von Wahlbezirken, die durch die amtliche Wahlkommission von der Auszählung ausgeschlossen werden würden, ebenfalls keine Wahlbeobachter zuzulassen seien.

Die staatliche Wahlkommission hat inzwischen eingeräumt, dass rund 100 Wahllokale geschlossen blieben. Das staatliche Fernsehen meldete zudem, dass in zwei Provinzen fast 25 000 Wähler abgewiesen worden seien. Die staatliche Wahlkommission lehnte die Forderung nach einer Wahlwiederholung ab, da das Ergebnis durch die fehlenden Stimmen nicht beeinflusst werde. Der Leiter der Wahlbeobachtermission der Commonwealth-Staaten Vaughan Lewis zeigte sich besorgt über Verzögerungen bei der Auszählung. Je länger die Auszählung hinausgezögert werde, desto stärker kämen Zweifel an der rechtmäßigen Durchführung der Wahlen auf.

Wahlbeobachter beschwerten sich, dass ihnen der Zugang zu den Auszählungszentren verwehrt bliebe.

Das amtliche Endergebnis soll am 17. Dezember 2004 verkündet werden.

Mosambik ist ein Schwerpunktland der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit und zudem eines von vier „Fokusländern“ des Aktionsprogramms 2005 der Bundesregierung im südlichen Afrika. Nach Aussage des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2002 ist dafür maßgeblich „der bemerkenswerte Friedens- und Demokratisierungsprozess“. Deutschland beteiligt sich seit Beendigung des Bürgerkrieges an führender Stelle beim Wiederaufbau des Landes und engagiert sich im Besonderen bei der Förderung demokratischer Strukturen.

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die am 1. und 2. Dezember 2004 durchgeführten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen?

Verdienen sie uneingeschränkt das Prädikat „frei und fair“?

Nach Auffassung der Bundesregierung sind die Wahlen an internationale und regionale Standards angelehnt verlaufen (z. B. die SADC-Richtlinien „Principles and Guidelines Governing Democratic Elections“ und dem VN „Covenant for Civil and Political Rights“). Gegenüber 1999 wurden Fortschritte gemacht. Der friedliche und allgemein erfolgreiche Verlauf des Wählens wird von den EU-MS und der Wahlbeobachter-Mission als Zeichen für eine Verpflichtung zur Demokratie begrüßt, obwohl Vorkommnisse auftraten, die untersucht werden sollen. Für die Zukunft besteht weiterer Verbesserungsbedarf. Die EU hat am 21. Dezember 2004 eine entsprechende Erklärung veröffentlicht.

2. Hat die Bundesregierung den mosambikanischen Botschafter in Deutschland einbestellt, wie dies Anfang November 2004 mehrere Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit den bei ihnen akkreditierten mosambikanischen Botschaftern getan haben sollen, um eine größere Transparenz bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zu gewährleisten?

Falls ja, was war gegebenenfalls das Ergebnis dieses Gespräches?

Falls nein, warum nicht?

Mehrere EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, hatten nach Absprache im Rahmen der zuständigen EU-Arbeitsgruppe im Vorfeld der Wahl die jeweiligen Botschafter Mosambiks einbestellt und dabei sowie in weiteren politischen Gesprächen auf einen ungehinderten Zugang der Beobachter gedrängt. Die Vertreter Mosambiks haben bei diesen Gesprächen wiederholt ihre Bereitschaft zu einer einvernehmlichen Lösung erklärt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

3. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, ob und gegebenenfalls inwieweit die von der EU-Wahlbeobachtermission und dem Carter Center anlässlich der 2003 durchgeführten Kommunalwahlen in Mosambik gemachten Verbesserungsvorschläge zur Konsolidierung der Wählerlisten von der mosambikanischen Regierung bei den jetzigen Wahlen berücksichtigt wurden?

Die Verbesserungsvorschläge wurden nur teilweise berücksichtigt. Es gab bei den jetzigen Wahlen keine handschriftlichen Listen mehr, jedoch weiterhin drei verschiedene Computerlisten statt einer einheitlichen Wählerliste.

4. Wie beurteilt die Bundesregierung die Arbeit der Nationalen Wahlkommission von Mosambik insbesondere im Hinblick auf eine unabhängige Ausübung ihres Mandats?

Die Nationale Wahlkommission (CNE) wurde auf Grund des im Konsens zwischen FRELIMO und RENAMO verabschiedeten Wahlgesetzes gebildet und besteht aus Mitgliedern, die von den im Parlament vertretenen Parteien bestellt werden. Der Vorsitzende wird von Vertretern der Zivilgesellschaft ernannt. Der Leiter der EU-Wahlbeobachtermission hat Struktur und Arbeitsweise der Nationalen Wahlkommission als „zu politisiert“ bezeichnet. Die Bundesregierung teilt diese Einschätzung.

Auch der scheidende Präsident Chissano hat die Struktur der CNE als überdenkenswert bezeichnet. Die Bundesregierung wird sich in Absprache in der zuständigen EU-Arbeitsgruppe dafür einzusetzen, dass die Wahlkommission in der Zukunft unabhängiger wird.

5. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, ob internationale Wahlbeobachtermissionen, insbesondere die der EU, uneingeschränkten Zugang zu den Wahllokalen und den zentralen Auszählungszentren hatten und inwieweit sie die Möglichkeit haben, die Zusammenführung der Wahlergebnisse auf nationaler Ebene sowie die als „ungültig“ eingestuften Stimmzettel zu überprüfen?

Die EU-Beobachter konnten die Wahl laut ihrem Bericht vom 20. Dezember 2004 in allen Phasen beobachten. Der Zugang zur Überprüfung der als ungültig eingestuften Stimmzettel war jedoch zeitlich begrenzt. Der Zugang der Wahlbeobachter zu Wahllokalen war uneingeschränkt. Nach anfänglichen Schwierigkeiten erhielten sie auch Zugang zu der Auszählung auf Distrikt-, Provinz- und nationaler Ebene.

6. Welche Folgerungen wird die Bundesregierung für die weitere Entwicklungszusammenarbeit mit dem Schwerpunktland Mosambik ziehen, wenn die EU-Wahlbeobachtermission die Wahlen nicht als uneingeschränkt frei und fair einstufen sollte?

Nach Meinung der Bundesregierung und ihrer EU-Partner entsprachen die Wahlen trotz einiger Schwächen und Unregelmäßigkeiten international etablierten Standards und verhalfen dem Wählerwillen zum Ausdruck. Sie stellen eine hinreichende Basis für die Weiterführung der engen Zusammenarbeit zwischen Mosambik und Deutschland dar. Verglichen mit den Wahlen vor fünf Jahren war die Organisation insgesamt besser, sollte jedoch in Zukunft, insbesondere im Hinblick auf eine zügige Ermittlung des Wahlergebnisses, noch weiter verbessert werden. Hierzu werden Vorschläge der EU Wahlbeobachtermission erwartet.

Die Bundesregierung misst der Entwicklungszusammenarbeit mit der Republik Mosambik hohe Bedeutung bei. Mosambik ist Schwerpunktpartnerland der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit und eines von vier Fokusbändern des Aktionsprogramms 2015 der Bundesregierung.

Während der langjährigen Unterstützung der Bundesregierung und ihrer Begleitung der Reformprozesse hat sich Mosambik stets als verlässlicher Partner erwiesen. Mosambik ist sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht als insgesamt erfolgreiches Transformations- und Postkonfliktland in der Region zu bewerten. Spätestens seit den Kommunalwahlen 2003 kann dem Partner zunehmende demokratische Reife attestiert werden; die Opposition konnte erstmals in mehreren großen Städten des Landes die Mehrheit gewinnen.

Die weitere Unterstützung zentraler Reformvorhaben im Land erfordert eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit der Partnerregierung, um bereits Erreichtes nicht zu gefährden und eine Mitwirkung der Bundesregierung an Reformkomplexen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sicherzustellen. Aufgrund des Gewichts der deutschen Entwicklungszusammenarbeit bieten sich gegenüber der Partnerregierung auch genügend Foren, um tagespolitische Sachverhalte zu thematisieren.

7. Unterstützt die Bundesregierung angesichts einer zunehmenden Wählerapathie Maßnahmen, um das Vertrauen der Bevölkerung in den Demokratisierungsprozess zu stärken?

Zu den Gründen für die überraschend große Wahlenthaltung gibt es zurzeit noch keine verlässlichen Untersuchungen. Unabhängig davon fördert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Mosambik die Demokratisierung in vielfältiger Weise, insbesondere auf Distriktebene.